Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 5

Artikel: Afrika im Umbruch
Autor: Bergen, Willwerner v.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160951

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AFRIKA IM UMBRUCH

VON WILLWERNER V. BERGEN

Über ein Jahr ist vergangen, seitdem an gleicher Stelle versucht wurde, über eine europäische Zusammenarbeit in Afrika zu berichten[1]. Seither hat sich auf dem schwarzen Kontinent eine Entwicklung fortgesetzt, die eine außerordentliche Dynamik zeigt und die einheimische Bevölkerung bewegt: der *Wille zur Unabhängigkeit*. Das Streben nach dieser Unabhängigkeit, das für viele Afrikaner die goldene Freiheit darstellt, hat einen ungeahnten Umfang und eine durchschlagende Kraft angenommen. Der Umbruch in Afrika bewirkt, daß die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, die sich noch vor wenigen Jahren auf bestimmte Krisenherde des schwarzen Erdteils konzentriert hatte, sich nunmehr verstärkt auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung des gesamten schwarzen Kontinents ausdehnt. Diese Aufmerksamkeit geht dabei nicht nur von den früheren Kolonialmächten, in erster Linie Großbritannien, Frankreich und Belgien aus, sondern neuerdings haben sich auch die USA und besonders die UdSSR aktiv in das Geschehen in Afrika eingeschaltet. Aber nah- und fernöstliche Mächtegruppen sind ebenfalls in zunehmendem Maße an der politischen und besonders auch an der wirtschaftlichen Entwicklung interessiert[2].

Aufgabe und Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist, im Rahmen des zur Verfügung stehenden Raumes in großen Zügen die wesentlichsten Ereignisse auf dem Gebiete der Politik und Wirtschaft in Afrika in den letzten 15 Monaten zu analysieren sowie die neuen Möglichkeiten und Entwicklungen einer eurafrikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufzuzeichnen[3].

Die politische Lage und ihre Entwicklung

Wie bereits angedeutet, stand die politische Entwicklung auf dem schwarzen Erdteil eindeutig unter dem Zeichen der Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Wege zur Selbständigkeit mögen in ihren Schattierungen verschieden sein, das Ziel ist jedoch stets dasselbe: Loslösung von der europäischen Vormundschaft und Erreichung der vollständigen und absoluten Unabhängigkeit. Für die afrikanischen Führer bedeutet das Wort «Unabhängigkeit» das gelobte Land, wobei sie sich oft nicht im klaren sind, daß die eigentlichen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten erst nach der Loslösung von dem bisherigen westlichen «Beschützer» beginnen.

Zwei Länder, und zwar *Ghana* und *Guinea*, haben sich in der Berichts-

zeit unter der Führung ihrer ehrgeizigen Präsidenten *Nkrumah* und *Sekou Touré* zu besonders markanten Zentren des afrikanischen Nationalismus entwickelt. Beide Republiken versuchen, die Selbständigkeitsbestrebungen auf die noch nicht «freien» Gebiete Afrikas auszudehnen, wohl in der Hoffnung, später einmal eine politische Führerstellung einnehmen zu können. Sie geraten dadurch in Konfliktmöglichkeiten mit Nigeria, aber auch mit Ägypten, wo *Nasser* eifersüchtig auf seine Rolle als Verfechter des afrikanischen Nationalismus, insbesondere in Nordafrika, bedacht ist.

Es besteht kein Zweifel, daß die dynamische Selbständigkeitsbewegung nicht mehr aufzuhalten ist. Wenn man bedenkt, daß 1939, abgesehen von Südafrika, nur Liberia unabhängig war, und es heute bereits 8 selbständige Gebiete gibt, so ist an diesem Beispiel nur allzu deutlich der Wandel der Zeiten erkennbar.

Einsichtige Afrikaner geben jedoch zu, daß eine gewaltsame Vertreibung der Weißen sinnlos und zwecklos ist. Ohne eine technische und finanzielle Hilfe von außen ist an eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung der afrikanischen Staaten nicht zu denken. Afrika braucht vor allem technische Hilfe, ohne die es die teilweise noch recht phantasievollen wirtschaftlichen Pläne nicht durchführen kann. Man ist somit auf afrikanischer Seite deutlich bestrebt, etappenweise die politische Macht und die Verwaltung ohne Gewaltanwendung, möglichst in Zusammenarbeit mit den ehemaligen Schutzmächten, zu übernehmen. Die bisherigen Erfahrungen haben dabei gezeigt, daß nach Erringung der Selbständigkeit die Tendenz besteht, sich keinem Machtblock anzuschließen. Wir haben es hier mit einer ähnlichen Haltung wie derjenigen der USA im 19. Jahrhundert zu tun. Diese Politik der «Nicht-Einmischung» bedeutet jedoch keine Isolierung. Sie geht von dem Prinzip aus, mit demjenigen zusammenzuarbeiten, der die besten Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Unterstützung bietet. Hier entsteht für Europa die lebenswichtige Aufgabe, sich durch Hilfestellung bei den autonomen Gebieten so einzuschalten, daß es dem Osten nicht gelingt, Fuß zu fassen. Die Chancen und Möglichkeiten für den Westen sind weiterhin sehr groß, da sich die afrikanischen Territorien verständlicherweise zuerst an die Staaten wenden werden, die bisher ihre Schutzmacht waren. Eine Einschaltung des Ostens dürfte erst dann in Frage kommen, wenn der Westen nicht genug zu bieten hat oder aus bestimmten Gründen nicht gewillt ist, mit seinen Mitteln und Möglichkeiten einzuspringen.

Ohne Zweifel hat der Einfluß des Ostblocks auf das afrikanische Geschehen zugenommen. Für die kommunistischen Agitatoren ist es ein leichtes, den afrikanischen Nationalismus zu schüren und für ihre Zwecke einzuspannen. Aber nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ist der Osten sehr aktiv. In Ägypten versucht die UdSSR durch finanzielle und technische Hilfestellung beim

Bau des Assuan-Dammes Fuß zu fassen. Ostdeutschland unterhält eine personalmäßig sehr starke, ständige Wirtschaftsmission und ist unter Einsetzung beträchtlicher propagandistischer Mittel bemüht, ihre Techniker bei ägyptischen Projekten einzusetzen. Auch in Marokko versucht die Sowjetunion, ihren Einfluß zu verstärken[4]. Die Errichtung einer Botschaft in der Hauptstadt steht bevor. Konsularische Vertretungen sollen in Casablanca, Oujda, Meknes und Agadir eröffnet werden. Die Wahl der Plätze zeigt die russische Zielsetzung. Casablanca als Wirtschaftszentrum ist den Arbeitergewerkschaften, besonders den Hafenarbeitern, nahe. Oujda liegt an der algerischen Grenze, und Agadir ist ein Tor zur Sahara.

Daß die Sowjetunion ganz generell bemüht ist, auch auf kulturellem Gebiet ihren Einfluß auf afrikanischem Boden zu verstärken, beweisen die Entsendung sowjetischer «Kulturmissionen» sowie Einzelreisen sowjetischer Wissenschaftler, Künstler und Vertreter der freien Berufe nach Afrika. In diesem Zusammenhang ist der im Oktober 1958 in Taschkent abgehaltene Kongreß afrikanischer und asiatischer Schriftsteller mit 170 Delegierten aus 50 Ländern Afrikas und Asiens von Interesse. Er wurde mit einer Begrüßungsbotschaft Chruschtschews eröffnet. Das Thema «Die Entwicklung von Kultur und Literatur in den verschiedenen Ländern Afrikas und Asiens und deren Rolle im Kampf für den Fortschritt der Menschheit und die nationale Unabhängigkeit, im Kampf gegen Kolonialismus und für Freiheit und Frieden in der ganzen Welt» läßt deutlich die prosowjetischen politischen Gesichtspunkte hervortreten[5].

Wenn man von ausländischen Einflüssen in Afrika spricht, darf man auch nicht die ständig zunehmende wirtschaftliche Offensive Japans auf dem schwarzen Kontinent aus den Augen lassen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: die japanischen Textilien erobern sich stetig wesentliche Teile des afrikanischen Marktes. So haben sich japanische Stoffe sowohl in Kenya als auch an der Westküste überragende Absatzpositionen erobert. In Nigeria ist der Anteil der japanischen Textilien an der Gesamteinfuhr auf 70% gestiegen[6]. Preismäßig liegen die japanischen Produkte weit unter der ausländischen Konkurrenz. 1957 machte die Ausfuhr Japans nach Afrika immerhin bereits 17% der japanischen Gesamtausfuhr aus. Über Warenlieferungen hinaus bietet Japan auch «know-how» und technische Beratung an.

Auch der indische und chinesische Einfluß auf die Politik und Wirtschaft Afrikas darf nicht unterschätzt werden. In Kenya z. B. ist den Indern der Zutritt zu allen öffentlichen Ämtern im Staatsdienst offen. Zwei indische Vertreter sitzen heute im Ministerrat und üben bei der Regierung das volle Mitspracherecht aus.

Doch nicht nur der Osten beweist sein Interesse an Afrika. Die USA, die — abgesehen von der Wahrung ihrer militärischen Interessen — be-

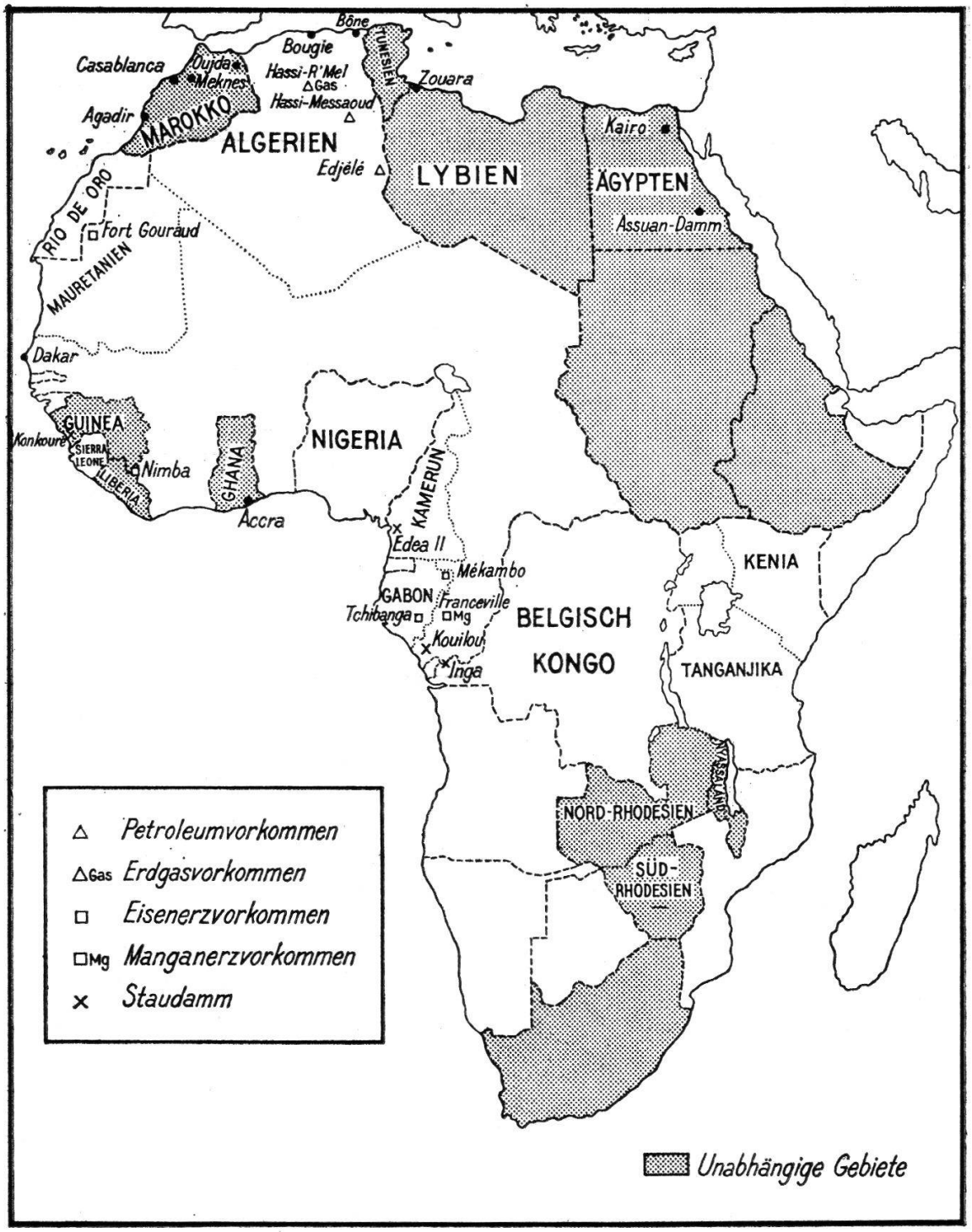
sonders in Marokko und Nordafrika bisher eine große Zurückhaltung in ihrer afrikanischen Politik ausgeübt hatten, beginnen sich immer stärker für die Entwicklung in Afrika zu interessieren. Dieses Interesse wird durch die Einrichtung des Postens eines Unterstaatssekretärs für afrikanische Angelegenheiten im Außenministerium deutlich gekennzeichnet. Aber auch privates amerikanisches Kapital wird in zunehmendem Maße in den bekannten Erdölprojekten in der Sahara und anderen Großprojekten in Französisch-West- und Äquatorialafrika sowie in Zentralafrika investiert.

Kongresse und Tagungen

Der Betrachter der afrikanischen Entwicklung wird die Abhaltung von Kongressen aller Art und mit verschiedenen Zielsetzungen nicht übersehen dürfen. Der wichtigste Kongreß war ohne Zweifel die Anfang Dezember 1958 in Accra, der Hauptstadt von Ghana, abgehaltene «All African People's Conference». An ihr nahmen 500 Delegierte aller politischen Parteien, Arbeiter-Organisationen, Gewerkschaften und Frauenverbände teil. Dieser Kongreß stand vollkommen im Zeichen der Unabhängigkeitsbestrebungen. Unter dem Motto «Erörterung der Methoden für eine gewaltlose Auseinandersetzung mit zahlreichen Problemen Afrikas» wurde eingehend über die Möglichkeiten debattiert, wie und mit welchen Mitteln die Gebiete Afrikas, die noch unter «fremder Herrschaft» stehen, ihre Unabhängigkeit erlangen könnten. Die Bedeutung und die Auswirkungen dieses Kongresses, der der erste seiner Art war, sind heute in ihrer ganzen Tragweite noch gar nicht zu ermessen. Accra war wie ein Fanal für die Emanzipationsbewegungen auf dem schwarzen Erdteil. Sowohl die Unruhen im Belgisch-Kongo als auch der Aufstand in Njassaland und Tanganjika sind in einen direkten Zusammenhang mit den auf der Accra-Konferenz proklamierten Beschlüssen und den gesetzten Zielen zu bringen.

Beachtenswert war weiterhin die ebenfalls Anfang Dezember 1958 stattgefundene Tagung in Kairo, an der 450 Handelskammer-Delegierte aus 39 Ländern, darunter 360 Araber, 68 Asiaten und 22 Afrikaner teilnahmen. Die Konferenz hatte keinen amtlichen Charakter, vertrat jedoch irreale Gedanken eines afro-asiatischen Gemeinsamen Marktes. Die wirtschaftlichen Kontakte sollen in den Dienst weitgespannter weltpolitischer Pläne gestellt werden.

In Rom fand im Oktober 1958 zum ersten Male eine Konferenz der bedeutendsten Afrika-Institute Europas statt. Teilnehmer waren Vertreter Frankreichs, der Bundesrepublik, Italiens, Belgiens, Englands, der Niederlande und Portugals. Das Ziel und der Zweck dieser Tagung war, die Tätigkeit dieser Spezial-Institute in Europa und auch in Afrika zu koordinieren.


Casablanca
Oujda
Meknes
Agadir
MAROKKO
Bougie
Bône
Hassi-R'Mel
Gas
Hassi-Messaoud
TUNESIEN
Zouara
ALGERIEN
Edjélé
LYBIEN
Kairo
ÄGYPTEN
Assuan-Damm
RIO DE ORO
Fort Gouraud
MAURETANIEN
Dakar
GUINEA
Konkouré
SIERRA LEONE
LIBERIA
Nimba
GHANA
Accra
NIGERIA
KAMERUN
Edea II
Mékambo
GABON
Franceville
Tchibanga
Mg
Kouilou
Inga
BELGISCH KONGO
KENIA
TANGANJIKA
NYASSALAND
NORD-RHODESIEN
SÜD-RHODESIEN
Petroleumvorkommen
Gas Erdgasvorkommen
Eisenerzvorkommen
Mg Manganerzvorkommen
Staudamm
Unabhängige Gebiete

Nach diesem Überblick über die wesentlichsten Züge der politischen Entwicklung Afrikas erscheint es dem Verfasser nützlich, eine Analyse anzustellen, wie die bisherigen westlichen Schutzmächte das Problem der Emanzipationsbewegungen in den von ihnen verwalteten Gebieten zu lösen versucht haben, um dann auf die Lage an den Brennpunkten des politischen Geschehens einzugehen.

Die Ereignisse in Algerien[7] Mitte Mai vergangenen Jahres zwangen Frankreich und seinen neu gewählten Ministerpräsidenten, General de Gaulle, eine Lösung zu finden, die sowohl für das Mutterland als auch für die französischen Überseegebiete annehmbar war[8]. De Gaulle verstand es sehr geschickt, der weißen und einheimischen Bevölkerung der «Territoires d'Outre Mer» die Möglichkeit zu geben, in freier Wahl zu entscheiden, welche von den vorgeschlagenen Möglichkeiten — den «status quo», die Rechtsform eines «Département français», die Form eines unabhängigen Staates mit gewissen verfassungsrechtlichen Einschränkungen oder ein Ausscheiden aus dem Verband der französischen Union — sie zu wählen wünschte.

Über die von de Gaulle vorgeschlagene neue Verfassung nur wenige Worte: Unter dem Begriff der *Communauté*, d. h. eines Verbandes der Französischen Republik mit den überseeischen Territorien, ist eine föderative Gemeinschaft zu verstehen. In dieser Gemeinschaft genießen die afrikanischen Mitgliedstaaten eine sehr weitgehende Autonomie, die nur z. B. auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Justiz, der Landesverteidigung, des Verkehrs und des Unterrichts beschränkt wird. Das im Herbst 1958 durchgeführte Referendum ergab, daß sich der weitaus größte Teil der französischen Überseegebiete für den neuen Verfassungsentwurf entschlossen hat. Für die Annahme stimmten Madagaskar, Senegal, Mauretanien, der Sudan, Obervolta, die Elfenbeinküste, Dahomey, Gabun, Mittel-Kongo, Ubangi-Schari und Tschad, während sich Französisch-Somaliland für den Status eines «Territoire d'Outre-Mer» entschloß. Nur Guinea wählte den Weg einer völligen Loslösung vom französischen Mutterland.

Die Organe der Gemeinschaft bestehen aus einem Exekutivrat, einem Senat und einem Schiedsgericht. Der Exekutivrat setzt sich aus dem Ministerpräsidenten der Republik, den Regierungschefs der autonomen Republiken und der französischen Minister, deren Arbeitsbereich sich auf die Communauté erstreckt, zusammen.

Der Senat der Staatsgemeinschaft wird aus Mitgliedern gebildet, die von den beiden Kammern in Paris und von den Parlamenten der überseeischen Gebiete bestimmt werden. Die Anzahl der von jedem Mitgliedstaat entsandten Vertreter entspricht der Bevölkerungszahl und der von diesem Staat zu tragenden Verantwortung.

Das Schiedsgericht schließlich befindet über eventuelle Rechtsstreite zwischen Mitgliedern der Staatsgemeinschaft.

Ohne Zweifel war es ein mutiger Schritt Frankreichs, sich von den alten Prinzipien einer autoritären Staatsführung des Mutterlandes gegenüber ihren überseeischen Besitzungen zu lösen und den französischen Gebieten in Afrika eine tatsächliche, auf dem Prinzip einer föderativen Institution basierten Autonomie, zu gewähren. Es bleibt im Rahmen der neuen Bestimmungen den einzelnen Republiken unbenommen, sich zusammenzuschließen. So sind — um ein Beispiel zu geben — zur Zeit die Republiken von Dahomey, Obervolta, Senegal und Sudan im Begriff, sich zu der «Fédération de Mali» zusammenzuschließen. Sitz der Verwaltungsbehörden soll Dakar werden.

Auch in dem bis vor kurzem von Unruhen verschonten *Belgisch-Kongo* haben sich die Autonomiebestrebungen der einheimischen Bevölkerung bemerkbar gemacht[9]. Der Bericht der belgischen parlamentarischen Untersuchungskommission über die Revolte vom 15. Januar 1959 gibt offen als Ursache Fehler der belgischen Verwaltung zu. So werden unter anderem die teilweise Beibehaltung der Rassendiskriminierung, das Fehlen eines politischen Programms für Belgisch-Kongo, das niedrige Lohnniveau, die Auswirkungen der Wirtschaftsabschwächung und die schlechten Zustände in den überbevölkerten Eingeborenenvierteln von Leopoldville als die blutige Zusammenstöße auslösenden Ursachen aufgeführt. Als Folge der Unruhen mußte sich die belgische Regierung entschließen, weitgehende Reformen in Aussicht zu stellen. Es ist vorgesehen, möglichst rasch eine kongolesische Staatsbürgerschaft einzuführen, mehr Afrikaner in die Verwaltung und in die Behörden aufzunehmen und die Beziehungen zwischen der weißen und der schwarzen Bevölkerung zu verbessern. Der König der Belgier schaltete sich persönlich mit einer vielbeachteten Radioansprache ein und versprach, als Endziel der eingeborenen Bevölkerung die Autonomie zu gewähren. Um unnötige Erschütterungen zu vermeiden, könne diese aber nur schrittweise und mit aller gebotenen Vorsicht erreicht werden. Diese Versicherung des Monarchen, der sich bei der einheimischen Bevölkerung Belgisch-Kongos großer Beliebtheit erfreut, wurde mit Befriedigung aufgenommen.

Der Entschluß der belgischen Regierung, eine Autonomie Belgisch-Kongos ins Auge zu fassen, bedeutet das Ende einer politischen Epoche, die bisher unter dem Begriff des Paternalismus eine straffe und direkte zentralistische Verwaltung der Kolonie nach den wirtschaftlichen Erfordernissen des Mutterlandes durchführte.

Als drittes Beispiel möchten wir *Nigeria* anführen[10]. Hier hat sich Großbritannien rechtzeitig entschlossen, in Etappen den Übergang vom Kolonialstatus zur Selbstverwaltung herbeizuführen. Noch steht dem «Executive Council» der Föderation, die ihren Sitz in Lagos hat, der Generalgouverneur vor, während in den nördlichen Regionen der Vor-

sitz über die Regionalparlamente bereits an den gewählten Premier übertragen worden ist. Das Zusammenleben zwischen Weißen und Schwarzen gestaltet sich reibungslos. Dieses wird unter anderem dadurch gewährleistet, daß es — im Gegensatz zum Beispiel zu Belgisch-Kongo — in Nigeria keine weißen Siedler gibt. Mit ganz geringen Ausnahmen besteht für Weiße kein Eigentumsrecht an Grund und Boden. Damit entfallen alle Konfliktsstoffe zwischen weißen Siedlern und Einheimischen. Die britische Verwaltung hat es weiterhin mit geschickter Hand verstanden, einheimischen Nachwuchs heranzubilden, der zu gegebener Zeit die Regierungsgeschäfte und die Leitung der verschiedenen Behörden übernehmen kann. Auch ein Stamm bewährter Beamter hat sich in den letzten Jahren herangebildet. Es ist anzunehmen, daß sich Nigeria, nach Erlangung der völligen Selbstbestimmung, wirtschaftlich und auch politisch weiterhin eng an Großbritannien anlehnen wird. Wenn dieses Land 1960 seine Unabhängigkeit erhält, wird es mit seinen 35 Millionen Einwohnern und seiner in Entwicklung begriffenen Industrie ein beachtliches politisches und wirtschaftliches Gewicht in die afrikanische Waagschale legen können. Wir glauben, Nigeria als ein Beispiel hinstellen zu können, das zeigt, wie es möglich sein sollte, in gegenseitigem Verständnis und unter Wahrung beidseitiger Interessen, ein gutes Verhältnis zwischen der einheimischen Bevölkerung und der ehemaligen Schutzmacht herzustellen.

Vor einer wesentlich schwierigeren Lage, die sich auf Grund anders gearteter Verhältnisse und Umstände als in Nigeria ergeben hat, steht England in der *Zentralafrikanischen Föderation*[11]. Blutige Unruhen Ende vergangenen Jahres in Njassaland mußten durch Polizei und Truppen aus Südrhodesien niedergeschlagen werden. Über 1000 Afrikaner wurden in Gefängnisse geworfen. Auch hier waren die auf dem Kongreß in Accra aufgestellten Postulate nach Erreichung der Selbständigkeit Zündstoff für den Aufstand gewesen. Das Problem, das England als Protektions- und Schutzmacht zu lösen hat, ist, die Gegensätze zwischen der Regierung von Salisbury unter Ministerpräsident Sir Roy Welenski, die die Stellung der Weißen zu kräftigen sucht, wobei sie mit Sympathie der «Apartheid»-Politik der Südafrikanischen Union gegenüber eingestellt ist, mit den Autonomiebestrebungen der Einheimischen auszugleichen. Ohne Zweifel hat die Föderation auf wirtschaftlichem Gebiet große Fortschritte gemacht, an denen die einheimische Bevölkerung in großem Maße teilnimmt. Aber auch hier zeigt sich, daß die Einheimischen unter dem Einfluß der auf sie niederprasselnden Selbständigkeitsparolen die Armut in Unabhängigkeit einer Wirtschaftsblüte in der Abhängigkeit vorziehen.

Die Regierung von Salisbury sieht sich weiterhin einer starken einheimischen Strömung unter Führung von zwei afrikanischen Intellektuellen, Harry Nkumbula und Dr. Banda, ausgesetzt, die die Auflösung

der derzeitigen Föderation erreichen und die Schaffung eines zentralen afrikanischen «Staatenbundes der Freiheit», dem auch Tanganjika angehören soll, durchsetzen wollen.

Die Zukunft wird lehren, ob es Großbritannien wie bisher gelingen wird, seinen Einfluß auch in Zentral-Afrika aufrechtzuerhalten und die Spannungen zwischen den schwarzen Afrikanern und weißen Siedlern auszugleichen, oder ob sich die Parolen eines Nkumbula oder Dr. Bandas durchsetzen werden.

Weitere Brennpunkte des politischen Geschehens

Mit fast absoluter Mehrheit hat sich *Guinea* entschlossen, nicht der Communauté Française beizutreten, sondern die Unabhängigkeit zu wählen[12]. Dieser Entschluß war vorauszusehen, da der junge Ministerpräsident, der faktisch die gesamte politische Macht in den Händen hielt und dementsprechend seine Untertanen beeinflussen konnte, für eine Loslösung von Frankreich eintrat. Bekanntlich tendiert Sekou Touré zum Marxismus, wobei zu berücksichtigen ist, daß er mehrere Studienaufenthalte am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut in Prag verbrachte. Ohne Zweifel will sich Sekou Touré als Verfechter des afrikanischen Nationalismus herausstellen, wobei er auf die Unterstützung Nkrumahs rechnen kann. Die gemeinsame Solidarität in ihrer politischen Zielsetzung und ihren Ambitionen wurde durch die Proklamierung einer Union zwischen den beiden Republiken versinnbildlicht. Dieser Zusammenschluß darf jedoch in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden, und es sieht zur Zeit nicht so aus, als ob sich Liberia und Nigeria dieser Föderation anschließen würden. Liberia ist durch die Größe eines Territoriums und der zahlenmäßigen Überlegenheit seine Bevölkerung auch gar nicht daran interessiert, in das Schlepptau Ghanas bzw. Guineas zu geraten.

Sekou Touré war bei seinem ersten, vielleicht überstüzten Entschluß jedoch klug genug, nicht die Brücken mit Frankreich abzubrechen. Guinea ist besonders in wirtschaftlicher Hinsicht zu sehr vom französischen Mutterland abhängig. Auch Frankreich war daran interessiert, seinen Einfluß in Guinea nicht vollständig zu verlieren und des in den vorangegangenen Jahren investierten Kapitals verlustig zu gehen sowie dessen Früchte eventuell anderen Nationen, besonders dem Ostblock zu überlassen. Wenn auch die durch die FIDES (Französischer Entwicklungsfonds für die überseeischen Gebiete) für Investitionszwecke zur Verfügung gestellten Mittel nach dem Entschluß Guineas, unabhängig zu werden, durch Frankreich zurückgezogen wurden, so erklärten die ausländischen und französischen Privatindustrien, die sich an den bekannten Großprojekten zur Errichtung des Staudammes am Konkouré und einer Aluminium-Hütte beteiligt hatten, nicht von den eingegangenen Verpflichtungen zurücktreten zu wollen. Auch zwischen den beiden Re-

gierungen wurden nach den anfänglich scharfen Reaktionen Frankreichs insofern ein Agreement gefunden, als drei Abkommen geschlossen wurden, die eine Zusammenarbeit auf währungspolitischem, administrativem und kulturellem Gebiet sichern. Guinea bleibt nicht nur in der Franc-Zone, sondern behält für seine Ausfuhr nach Frankreich die Zollfreiheit und alle Präferenzen, die ihm früher zugestanden waren. Französisch bleibt in Guinea die Amtssprache, und Lehrkräfte für den Schulunterricht will Frankreich bereitstellen. Bemerkenswert ist jedoch, daß Guinea den Gemeinsamen Markt ablehnt.

Wenn es somit auch zu einem «modus vivendi» mit Frankreich gekommen ist, wird sich Sekou Touré ohne allzu große Rücksichtnahme auf Frankreich und die anderen Länder des Westens auch nach Wirtschaftshilfe aus dem Osten umsehen. Schon jetzt haben Wirtschaftsmissionen aus dem Ostblock Guinea Besuche abgestattet und ihre finanzielle und materielle Hilfe angeboten.

Ähnlich wie Guinea will der ehrgeizige Nkrumah sein Land zu einer Hochburg des panafrikanischen Nationalismus machen und als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit Afrikas auftreten[13]. Unter diesem Gesichtspunkt wurde im Dezember 1958 in Accra, der Hauptstadt des Landes, die bereits erwähnte «All African People's Conference» abgehalten, die einen so nachhaltigen Einfluß auf die noch abhängigen Gebiete in Zentral-Afrika ausüben sollte. Nkrumah macht keinen Hehl daraus, eine Politik des Neutralismus zu verfolgen, und nimmt die angebotene Hilfe der Staaten — ob aus dem Westen oder Osten — an. Man kann nicht leugnen, daß es seiner Regierung gelungen ist, das junge Staatsschiff (Ghana ist seit dem 6. März 1957 souverän) recht erfolgreich durch die beiden ersten Jahre seines Bestehens hindurchzusteuern. Die günstige Entwicklung wurde jedoch maßgeblich durch den hohen Weltmarktpreis seines wichtigsten Exportgutes, des Kakaos, beeinflußt. Durch die hohen Einnahmen konnte die Staatskasse gefüllt und die Wirtschaft des Landes angekurbelt werden. Auffallend war die großzügige finanzielle Hilfe, die Ghana Guinea im Rahmen des Föderationsvertrages gewährt hat. Hierbei dürfte wohl die Überlegung eine Rolle gespielt haben, durch eine enge Zusammenarbeit mit Guinea ein gewisses Gegengewicht gegen Nigeria, besonders nach Erlangen der Unabhängigkeit, zu bilden.

Die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas unter besonderer Berücksichtigung einer eurafrikanischen Zusammenarbeit

Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung sollen nur die Schwerpunkte behandelt und eine Prüfung der Großprojekte vorgenommen werden, bei denen sich eine eurafrikanische Zusammenarbeit entweder bereits entwickelt hat oder sich anzubahnen beginnt.

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß trotz der Emanzipationsbewegung nicht nur alle gemäßigten einheimischen, sondern auch die afrikanischen Nationalistenführer einsehen, daß sie ohne eine wirtschaftliche Hilfe seitens des Westens — oder, falls dieser zu einer Unterstüzung nicht bereit ist, seitens des Ostens — nicht auskommen. Es muß die Aufgabe der europäischen Wirtschaft sein, ihre Investitionen in Afrika sinnvoll zu koordinieren und diese im Rahmen eines gut durchdachten und synchronisierten Hilfsprogramms für die autonomen Gebiete einzusetzen. Ein weiterer Gesichtspunkt erscheint uns wesentlich. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte in Afrika ohne Überstürzung etappenweise durchgeführt werden. Man kann bei der industriellen Evolution nicht Jahrhunderte überspringen. So erscheint es zur Zeit sinnlos, Atomkraftwerke — wie dies z. B. in Ghana geplant war — zu bauen, bevor nicht einmal die primitivsten Grundlagen für den Aufbau einer modernen Industrie vorhanden sind.

Zu den Brennpunkten des wirtschaftlichen Geschehens gehört ohne Zweifel *Ägypten*[14]. Während sich in der Berichtszeit in innerpolitischer Hinsicht außer einer weiteren Stärkung der Stellung Nassers keine neuen Entwicklungen ergeben haben, ist auf dem wirtschaftlichen Sektor eine wichtige Entscheidung über das größte ägyptische Projekt, den Bau des Assuan-Dammes, gefallen. Die Errichtung des geplanten Staudammes bildet für Nasser eine Prestigefrage.

Er wird mit allen Mitteln versuchen, sei es mit westlicher oder mit östlicher Hilfe, die hochgespannten Erwartungen der ägyptischen Bevölkerung zu befriedigen und sich selbst ein dauerndes Denkmal zu setzen. Um zu beweisen, daß es der ägyptischen Regierung mit der Durchführung des Projektes ernst ist, wurde die in ägyptischen Händen liegende Staudammorganisation ermächtigt, 2,57 Mio ägyptische Pfund in Anspruch zu nehmen. Mit dieser Summe sollen die ersten vorbereitenden Arbeiten finanziert werden.

Nachdem die Weltbank sich bisher nicht entschließen konnte, an der Finanzierung des ägyptischen Staudammes teilzunehmen, erklärte sich die UdSSR bereit, für den Bau der ersten Stufe (Kosten insgesamt 112 Mio ägyptische Pfund) einen Kredit von 400 Mio Rubel (ca. 100 Mio US-$) sowie die Stellung von Technikern und Experten zu gewähren. Der sowjetische Kredit ist mit 2,5% zu verzinsen und soll von 1964 ab in 12 Jahresraten zurückgezahlt werden. Das Abkommen wurde inzwischen von Ägypten und der UdSSR unterzeichnet. Nach den neuesten Meldungen soll sich die Sowjetunion grundsätzlich bereit erklärt haben, den Bau des gesamten Staudammes zu übernehmen und die Arbeiten binnen 6 Jahren — bisher waren 10 Jahre vorgesehen — zu beenden.

Seitens der Sowjetunion, Ostdeutschlands und der Tschechoslowakei sowie der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs besteht darüber hinaus Interesse, die Geschäftsbeziehungen mit dem ägyptischen Partner

auszubauen. Zahlreiche Industrieprojekte sind geplant, wobei jedoch die prekäre ägyptische Wirtschaftslage überspannten Hoffnungen Grenzen setzt.

Die Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Sahara

Seit etwa einem Jahr hat sich in der Suche und Förderung des Erdöls in der Sahara eine für die Teilnahme ausländischer Firmen wichtige Änderung ergeben[15]. Bisher waren ausländische Interessenten auf Grund der nicht eindeutigen und klaren gesetzlichen Bestimmungen mit einem finanziellen Engagement zurückhaltend gewesen. Ein von der französischen Regierung Mitte 1958 erlassener Petroleumkodex für die Sahara beseitigt die Rechtsunsicherheit und legt die Rechte und Pflichten für die französischen und ausländischen Interessenten fest. Unter anderem sieht die neue Verordnung vor, daß die Konzessionen für die Erdölsuche ohne jegliche Beschränkungen durch den Staat auf dem Verordnungsweg erteilt werden. Der Konzessionsnehmer ist jedoch verpflichtet, gewisse Mindestaufwendungen als Sicherheit für die ihm erteilten Rechte zur Ausbeutung zu leisten. Der Staat behält sich das Kontrollrecht hinsichtlich des leitenden Personals, der durchzuführenden Arbeiten und der Finanzierung vor. Die Konzessionäre genießen besondere steuerliche Vergünstigungen, müssen jedoch eine Abgabe in Höhe von 12,5% des Wertes des geförderten Erdöls leisten und ihre Gewinne auf der Grundlage von 50:50 (im Nahen Osten 75:25) mit ihm teilen. Der dem Staat zufließende Gewinnanteil kommt ausschließlich der autonomen Sahara-Organisation zugut, die diese Mittel wiederum für Investitionszwecke in der Sahara einsetzt. Die Beteiligung ausländischer Unternehmen an den Abbaugesellschaften darf nach den neuesten Bestimmungen 50% nicht überschreiten. Auf Grund der neuen gesetzlichen Regelungen haben sich nunmehr auch größere ausländische Gesellschaften, wie z. B. vor kurzem die Standard-Oil, in die Suche und den Abbau eingeschaltet. Der Anteil ausländischen Kapitals wird zur Zeit auf ca. 25% geschätzt. Meistens handelt es sich um französische Privatgesellschaften, an denen die ausländischen Firmen direkt oder über Tochtergesellschaften partizipieren.

Die optimistischen Voraussagen über die Größe des Erdölvorkommens in der Sahara haben sich durch die jüngsten Bohrungen bestätigt[16]. Die festgestellten Reserven werden insgesamt auf etwa 400—500 Mio t Erdöl und auf über 1000 Mrd m³ Erdgas geschätzt. Die bedeutendsten Erdölvorkommen finden wir in der Gegend von Edjelé und Hassi-Messaoud, die größten Erdgasvorkommen bei Hassi-R'Mel. Wie «Le Monde» berichtet, kann damit gerechnet werden, daß die Sahara 1959 1,7 Mio t, 1960 8,7 Mio t, 1961 16 Mio t und 1962/1963 18—20 Mio t Erdöl liefern wird. In absehbarer Zeit kann somit ein wesentlicher Teil des französischen Petroleum-Bedarfs (derzeitiger Bedarf: rund 20 Mio t Fertigprodukte) gedeckt werden.

Die größte Schwierigkeit stellt immer noch der Abtransport des «flüssigen Goldes» dar, wobei politische Momente die Hauptrolle spielen. Solange kein endgültiges Abkommen mit Libyen über den Bau einer Pipeline nach Zouda geschlossen werden kann und die Beförderung des Erdöls aus dem Gebiet von Hassi-Messaoud nach Bougie nicht durch eine direkte Pipeline gesichert ist, bleiben alle weitgespannten Pläne Utopie.

Erschwerend kommt der Widerstand der algerischen Extremisten hinzu, der das Leben der Arbeiter und Ingenieure sowie das Material ständig gefährdet.

Deutsche Erdölindustrien konnten sich bisher, trotz längeren Verhandlungen mit den zuständigen französischen Behörden, noch nicht zu einer Teilnahme an der Erdölsuche in Algerien entschließen. Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft erwarb jedoch in Libyen, und zwar in Fezzan, eine Aufschluß- und Gewinnungskonzession. Diese Konzession wird mit anderen deutschen in der Erdölgewinnung tätigen Unternehmen wahrgenommen werden.

Über die Verwendung des Erdgases hat man sich in Frankreich viel den Kopf zerbrochen[17]. Drei Möglichkeiten sind vorgesehen: einmal der Transport des in Flüssigkeit umgewandelten Gases per Schiff, dann der Transport durch Pipelines, die auf dem Meeresboden nach Spanien gelegt werden sollen oder schließlich die Verwertung des Erdgases für Elektrizitätsgewinnung, wobei der Kraftstrom mit Unterwasserkabeln über Italien und Spanien den europäischen Industrien zugeleitet werden soll. Alle drei Projekte stoßen auf große technische Schwierigkeiten, jedoch kann man heute schon voraussehen, daß sich hier eine neue bedeutende Energiequelle für Europa eröffnet.

Sowohl das Erdöl als auch das Erdgas sollen in dem geplanten großen, neuen Industriezentrum von Bône Verwendung finden. Dort werden binnen weniger Jahre ein großes Stahlwerk (geplante Kapazität: 500 000 t) sowie ein petrochemischer Komplex und zahlreiche verarbeitende Industrien entstehen.

Ohne Zweifel ist die Sahara einer der wichtigsten, wenn nicht vielleicht sogar der wichtigste Rohstoff- und Energieversorger eines zukünftigen eurafrikanischen Wirtschaftsraumes geworden. Es hängt zum größten Teil von der politischen Lage und Entwicklung ab, ob diese Möglichkeiten in die Wirklichkeit umzusetzen sind.

Die eurafrikanischen Großprojekte zur Erschließung von Rohstoffvorkommen in Französisch-West- und Äquatorialafrika, Liberia sowie in Belgisch-Kongo

Vor einem Jahr wurde an gleicher Stelle eingehend über den Entschluß eines europäischen Konsortiums, das sich aus einer französischen, britischen, deutschen, italienischen und holländischen Gruppe zur Erschlie-

ßung und zum Abbau des bedeutenden *Eisenerzvorkommens von Fort Gouraud* zusammensetzt, berichtet[18]. Mit den Abbauarbeiten konnte bisher nicht begonnen werden, da die Finanzierung noch nicht gesichert ist. Die Weltbank wurde um Gewährung einer Anleihe von 68 Mio US-$ gebeten, jedoch konnte dieses Institut bis zum heutigen Tage noch nicht zu einem endgültigen Entschluß kommen[19]. Nach den Plänen ist mit einem Abbau von 6 Mio t Eisenerz pro Jahr zu rechnen. Falls jedoch eine Sättigung des Weltmarktes an Eisenerz besteht, sollen nur 4,5 Mio t gefördert werden. Und hier liegt die wesentliche Schwierigkeit, die anscheinend auch die Weltbank zu einer gewissen Zurückhaltung zwang. Die Rentabilität des Projektes ist bei einem Käufermarkt gesichert. Anders sieht es jedoch aus, wenn eine Wirtschaftsrezession eintreten sollte und der Abbau des Eisenerzes gedrosselt werden muß.

Auch bei dem großen *Eisenerzlager von Mékambo* im Gabun (Franz.-Äquatorialafrika), mit einer geschätzten Reserve von 1 Mrd t Erz, für dessen Prospektierung und eventuellen Abbau sich ein Konsortium amerikanischer, französischer, deutscher, italienischer und holländischer Industriegruppen gebildet hat, haben sich Schwierigkeiten ergeben. (Vor kurzem wurde die Studiengesellschaft in eine Gesellschaft mit dem Zweck des Lager-Abbaus und einem Kapital von 200 Mio frs CFA (Colonie française d'Afrique) umgewandelt (1 CFA = 2 ffrs).) Bei Mékambo spielt, ähnlich wie bei Fort Gouraud, das Transportproblem eine ausschlaggebende Rolle. Das abgebaute Eisenerz, das einen sehr hohen Eisengehalt (64%) aufweist, muß 500 km bis zum nächsten Hafen transportiert werden. Nach den ersten Berechnungen, die selbstverständlich den Bau der Bahn einschließen, ist eine jährliche Förderung von 12—15 Mio t erforderlich, um das Projekt rentabel zu gestalten.

Neuerdings interessieren sich europäische Firmen und auch die Hohe Behörde in Luxemburg für das *Eisenerzlager von Tchibanga*, das ebenfalls im Gabun, aber viel näher am Meer liegt[20]. Wenn das Vorkommen auch wesentlich kleiner ist (geschätzte Reserven 150 Mio t) und nicht die Qualität von Mékambo aufweist, so spielt die Nähe zu einem schiffbaren Hafen eine wichtige Rolle.

Ebenfalls in Gabun befindet sich bei *Franceville* eines der größten *Manganerzlager* der Welt. Die Ausbeutung der Lagerstätten (150 Mio t) liegt in den Händen einer internationalen Gesellschaft, der COMILOG, an der eine amerikanische und mehrere französische Firmen beteiligt sind. Die Weltbank hat der Gesellschaft als erster internationaler in Afrika tätiger Gruppe vor kurzem ein Darlehen von 35 Mio US-$ gewährt.

In Liberia schließlich ist ein schwedisch-amerikanisches Konsortium dabei, die Prospektierungsarbeiten an dem *Eisenerzvorkommen von Nimba* zu beenden. Die Leitung der Abbauarbeiten liegt in den Händen des schwedischen Grängesberg-Konzerns, der 25% des Aktienkapitals der

Studiengesellschaft besitzt; weitere 25% sind von der Bethlehem-Steel, der Rest in Höhe von 50% von der Regierung Liberias übernommen worden. Die Höhe der Investitionen wird auf 200 Mio US-$, die geplante jährliche Erzproduktion auf etwa 10 Mio t geschätzt.

Die angegebenen Beispiele zeigen, daß es an Initiativen europäischer und amerikanischer Firmen zum Abbau der Eisenerzlager in Afrika nicht fehlt, ihre Realisierung jedoch wegen des Umfanges der benötigten finanziellen Mittel, der Schwierigkeiten des Abbaus und des Abtransports des Erzes sowie der bisher unsicheren politischen Lage auf erhebliche Hindernisse stößt. Ohne allzu optimistisch zu sein, dürfte jedoch — nach Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten — in absehbarer Zeit mit dem Abbau eines oder mehrerer der angegebenen Erzlager begonnen werden. Erfreulich ist vor allem, daß sich europäische und amerikanische Gruppen zum ersten Male entschlossen haben, gemeinsam mit den Afrikanern an die Verwirklichung der geplanten Vorhaben heranzugehen.

Die Staudammprojekte am Kouilou, Konkouré und Inga-Fluß

Der zweite Wirtschaftssektor, auf dem sich eine erfolgversprechende eurafrikanische Zusammenarbeit anbahnt, sind die Staudammprojekte am Konkouré, Kouilou und Inga.

Das interessanteste und in seiner Ausarbeitung am weitesten fortgeschrittene Projekt ist das *Konkouré-Vorhaben in Guinea*[21]. Bekanntlich ist dort die Errichtung eines großen Staudammes und eines Elektrizitätswerkes, das eine Tonerdefabrik und eine Aluminium-Hütte mit Strom speisen soll, vorgesehen.

Das Projekt, für dessen Realisierung sich eine Gruppe amerikanischer, französischer, schweizerischer, deutscher und italienischer Industrien konstituiert hatte, geriet durch den Entschluß Guineas, sich von Frankreich zu lösen, ernsthaft in Gefahr, nicht mehr realisiert zu werden. Der französische Staat hatte sich seinerzeit bereit erklärt, für eine eventuelle von der Weltbank zu gewährende Anleihe die Garantie zu übernehmen. Diese Zusicherung wurde sogleich nach dem Entschluß Guineas zurückgezogen. Inzwischen haben sich jedoch alle beteiligten privaten europäischen, darunter auch die französischen, sowie die amerikanischen Interessenten bereit erklärt, ihren Verpflichtungen auch weiterhin nachzukommen.

Während die Weltbank bisher noch keine Entscheidung über die vorgesehene Anleihe für den Bau des Staudammes getroffen hat, entschloß sich die International Cooperation Administration, den am Projekt beteiligten amerikanischen Firmen eine Risikogarantie in Höhe von 72 Mio US-$ für das in dem zu errichtenden Tonerdewerk und der Aluminiumhütte von FRIA investierte Kapital zu gewähren. Diese Garantie deckt ebenfalls ein Darlehen in Höhe von 40 Mio US-$, das amerikani-

sche Banken in Zusammenarbeit mit europäischen Finanzinstituten der FRIA-Gesellschaft gewährt hatten. Das FRIA-Werk wird eine anfängliche Produktion von ca. 150 000 t Aluminium aufweisen, was die französische Aluminium-Produktion um etwa 20% übersteigen würde. Insgesamt wird für die drei Projekte ein Gesamtfinanzierungsbetrag von 127,1 Mrd ffrs benötigt. Es ist verständlich, daß diese beträchtliche Summe nur schrittweise aufgebracht werden kann, insbesondere nachdem die Finanzierungsquellen des französischen Staates versiegt sind und die nötigen Mittel bei anderen Institutionen oder Banken gefunden werden müssen.

Mit dem Beginn der Arbeiten an dem *Kouilou-Projekt in Französisch-Äquatorialafrika* (Errichtung eines Staudammes und eines Kraftwerkes mit einer Leistung von 8 Mrd kWh in der Endphase sowie eines vielschichtigen Industriekomplexes im Hafengebiet von Pointe-Noire. Kosten insgesamt 200 Mrd ffrs), an dessen Realisierung amerikanische, englische und französische Unternehmen interessiert sind, kann in absehbarer Zeit gerechnet werden. Wie ein großer Schatten steht hinter dem Kouilou-Vorhaben das *Inga-Projekt in Belgisch-Kongo*[22]. Dieses Vorhaben sieht in seiner Endphase die Errichtung eines riesigen Staudammes und eines Elektrizitätswerkes mit einer jährlichen Stromerzeugung von rund 200 Mrd kWh und Investitionskosten von 2—3 Mrd US-$ vor. In Verbindung mit dem Bau des Staudammes und des Elektrizitätswerkes ist auch hier die Errichtung eines großen Aluminium-Werkes sowie einer Stickstoff- und Zellstoffabrik und zahlreicher anderer mittlerer und kleinerer Betriebe geplant. Auch die Errichtung einer petrochemischen Industrie ist vorgesehen. Hinter diesen Planungen stehen zum Teil sehr einflußreiche und finanzstarke Gruppen. Von Bedeutung ist die kürzliche Gründung eines Konsortiums («Uraninga»), das die Möglichkeit der Errichtung von Isotopen-Trennungsanlagen in Verbindung mit der Ausnutzung der Inga-Wasserfälle zur Energiegewinnung untersuchen wird.

Die belgische Regierung ist fest entschlossen, trotz des nahen Kouilou-Vorhabens das Inga-Projekt stufenweise zu realisieren. Mit den ersten Arbeiten soll möglichst Ende des Jahres begonnen werden und vorläufig will man sich auf die Realisierung eines «Klein-Inga»-Projektes beschränken, um dann in Etappen die vorhandenen Anlagen zu erweitern, wobei eine ausländische Beteiligung vorgesehen ist.

Ein weiteres Staudammprojekt finden wir schließlich in Kamerun. Hier geht der Ausbau der zweiten Staustufe, *Edea II*, am Sanaga-Fluß seiner Vollendung entgegen. Es wird die Kapazität der Anlage auf 1 Mrd kWh pro Jahr steigern. Eine Aluminium-Hütte wurde in der Nähe der Staustufe errichtet. Die gesamte Anlage steht im Eigentum der Compagnie Camerounaise de l'Aluminium (Alucam). An dem Gesellschaftskapital von 5 Mrd CFA sind französische und belgische Unternehmen sowie das Land Kamerun beteiligt.

Die Einschaltung des Gemeinsamen Marktes in die Finanzierung von afrikanischen Infrastruktur- und anderen Projekten

Ein neuer Abschnitt in den Beziehungen zwischen Afrika und Europa wurde durch die Einschaltung des Gemeinsamen Marktes in das afrikanische Geschehen eröffnet[23].

Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sieht unter anderem die Einrichtung eines «Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete» vor[24]. Es handelt sich dabei um die Überseegebiete, die mit den Mitgliedstaaten der EWG Beziehungen aufrecht erhalten. Bekanntlich müssen diese Mitgliedstaaten im Laufe von 5 Jahren Beträge in Höhe von insgesamt 581,25 Mio Rechnungseinheiten (= US-Dollar) in den Entwicklungsfonds einzahlen. Die Mittel des Entwicklungsfonds sollen in erster Linie, und zwar mit 67% Projekten sozialen Charakters (Krankenhäuser, Schulen, technische Lehranstalten pp.) und mit 33% Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand (Straßen, Häfen usw.) zufließen. Der Zweck des Einsatzes dieser Mittel soll primär dem Wohle der eingeborenen Bevölkerung zugutekommen.

Bisher hat sich die Kommission der EWG entschlossen, eine Teilnahme des Entwicklungsfonds an vier sozialen Entwicklungsvorhaben mit einem Gesamtwert von 1,5 Mio Rechnungseinheiten zu genehmigen. Es handelt sich dabei um drei Vorhaben in Belgisch-Kongo: Schaffung eines Krankenhauses in Doruma, Infrastrukturarbeiten bei Luluabourg, Errichtung von Eingeborenen-Wohnsiedlungen in Elisabethville und Stanleyville sowie um ein Projekt in Ruanda-Urundi, und zwar Vorstudien zur Erschließung des Gebietes von Mayaga-Bugesera. Weiterhin ist eine Hilfsaktion in Höhe von 3 Mrd ffrs für Madagaskar zur Behebung von Schäden, die durch die Unwetterkatastrophen an Eisenbahnen und Straßen entstanden sind, vorgesehen.

Der Entwicklungsfonds setzt seine Mittel als nicht rückzahlbare Kredite ein[25]. Es handelt sich somit um Subventionen. Derartige Zuwendungen können ausschließlich juristischen Personen ohne Gewinnrecht, die der Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen, gewährt werden. Privatunternehmen werden daher in der Regel ausscheiden. Eine Verteilung von Krediten an rentable Projekte der Privatwirtschaft ist im Prinzip ausgeschlossen.

Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Technik, der Wissenschaft und der Finanzen

Die sich in den vergangenen Jahren abzeichnende interessante europäische Zusammenarbeit in Afrika auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet konnte sich auch in der Berichtszeit gut entwickeln. Die «Commission de Coopération technique au Sud du Sahara», die sich aus Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Belgien, Portugal und der

Südafrikanischen Union, der Föderation von Rhodesien und Njassaland, Liberia und Ghana zusammensetzt, führte im Sommer vergangenen Jahres eine erneute Zusammenkunft, diesmal in Accra, durch[26]. Bekanntlich finden diese Treffen von hervorragenden Afrika-Experten alljährlich an wechselnden Orten statt.

Auf der Tagesordnung standen unter anderem Themen wie die Probleme der gegenseitigen technischen Hilfeleistung, die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Förderung des Wohnungs- und Straßenbaus in Afrika, die Kinderfürsorge im afrikanischen Hinterland und die Erschließung des Golfs von Guinea für den Fischfang. Wie man sieht, ist die Problemstellung weit gespannt, und man kann nur hoffen, daß die theoretischen Diskussionen in konkrete Ausführungen münden werden.

Abschließend soll noch kurz auf eine *eurafrikanische Zusammenarbeit auf finanziellem Gebiet* hingewiesen werden[27]. Zum ersten Male nach dem Krieg hat ein bedeutendes südafrikanisches Unternehmen, die Anglo-American Corporation of South-Africa Ltd., der große Gold- und Diamantenkonzern des Sir Ernest Oppenheimer, eine Anleihe in Höhe von 50 Mio DM auf dem westdeutschen Kapitalmarkt aufgelegt. Die Anglo-American Corporation will diesen Kredit an die Diamantengesellschaft De Beers Consolidated Ltd. weitergeben, und diese verwendet die Mittel, um ihre Beteiligung an der Williamson Diamond Mine in Tanganjika zu finanzieren. Die Anleihe war mit einem Nominalzinssatz von 5,5% ausgestattet und konnte innerhalb kürzester Zeit durch die Deutsche Bank als Konsortialführerin einer Gruppe der größten westdeutschen Banken glatt untergebracht werden.

Ausblick

Afrikas Not und Afrikas Emanzipationsbestrebungen stellen Europa vor außerordentlich große und verantwortungsvolle Aufgaben, die selbstverständlich auch ein erhebliches Risiko in sich bergen. Die Ansatzpunkte einer fruchtbaren eurafrikanischen Zusammenarbeit sind — wie wir gesehen haben — in mannigfaltigen Formen und auf zahlreichen Gebieten vorhanden. Es liegt an uns, diese Chancen zu nützen. Versäumen wir diese Möglichkeiten, so werden sich besonders die jungen, autonomen afrikanischen Republiken nach anderen Hilfsquellen, besonders nach dem Osten wenden. Kwame Nkrumah sagte bei einer Ansprache im vergangenen Jahr: «Afrika hat keine Wahl, wir müssen modernisieren. Entweder werden wir es im Einklang mit den Interessen und mit Hilfe des Westens tun, oder wir werden gezwungen sein, uns an andere zu wenden. Das ist keine Warnung oder Drohung, sondern eine einfache Feststellung der politischen Realität.»

Diese Realität richtig einzuschätzen und die vorhandenen Chancen

auszunutzen, wird den Westen in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben. Mit großem Geschick und viel Geduld muß es Europa verstehen, die in Afrika zur Zeit im Gang befindliche Evolution so zu lenken, daß sie sich nicht gegen uns wendet. Eine eurafrikanische Zusammenarbeit ist für beide Teile von vitalem Interesse, da Europa auf Afrika, Afrika jedoch auch auf Europa angewiesen ist. Daß sich diese Zusammenarbeit nur auf der Basis einer völligen Gleichberechtigung, ohne jegliche Diskriminierung, entwickeln kann, ist heute jedem verantwortungsvollen Europäer zur Gewißheit geworden. Auf der anderen Seite muß der europäische Investor verlangen können, daß seine Investitionen geschützt und ihm möglichst weitgehende Sicherheiten eingeräumt werden. Wenn diese Grundsätze von beiden Partnern berücksichtigt werden, so stehen wir vor großen Möglichkeiten, die sich uns und den folgenden Generationen eröffnen.

---

[1] Vgl. «Europäische Zusammenarbeit in Afrika», von demselben Autor, Schweizer Monatshefte, Heft 12, März 1958. [2] Über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas gibt das Buch von Charles-Henri Favrod «Le poids de l'Afrique», Editions du Seuil, Paris 1958, einen ausgezeichneten Überblick. [3] «Euro-Afrikanische Solidarität». VII. Kongreß des Europäischen Dokumentationszentrums im Escorial, v. Dr. O. B. Roegele im «Rheinischen Merkur» v. 18. 7. 1958. «Les réalités fondamentales de la construction euroafricaine», von A. Frisch, Les problèmes de l'Europe, Paris-Rom, Heft 3, 1959. [4] «Die Sowjetunion und die politische Krise in Marokko», Afrika-Informationsdienst, Bonn, Sept. 1959. [5] Vgl. Afrika-Informationsdienst, Herausgeber: Deutsche Afrika-Gesellschaft e. V., Bonn, Rathausgasse 9. [6] Vgl. Afrika-Informationsdienst, August 1958. [7] «Algerien — Die wirtschaftliche Harmonisierung geht über Frankreichs Kraft», v. M. Wiebel, Frankfurter Allg. Zeitung v. 23. 8. 1958. [8] Über Frankreich und seine Beziehungen zu den afrikanischen Territorien, vgl.: «Frankreich im Schwarzen Afrika», von Dr. H. Klaß im «Rheinischen Merkur» v. 6. 3. 1959. «Die Neuordnung der französischen Überseegebiete», NZZ v. 18. 12. 1958. «Die überseeischen Territorien Frankreichs und der Verfassungsentwurf», Afrika-Informationsdienst, Bonn, Sept. 1958. «Verfassungs-Entwurf der Franz. Republik», Auszug aus d. Franz. Amtsblatt Nr. 58, Sept. 1958. [9] Die politische Entwicklung in Belgisch-Kongo ist u. a. in folgenden Publikationen geschildert: «Fünfzig Jahre Belgisch-Kongo», Aargauer Tagblatt, 7. 11. 1958; «Die politische Entwicklung im Belgischen Kongo», Afrika-Informationsdienst, Bonn, Februar 1959; «Das belgische Reformprogramm für den Kongo», Rundfunkansprache v. S. M. König Baudouin und Regierungserklärung v. 13. 1. 1959; «Auch am Kongo spürt man die Rezession», Handelsblatt, Düsseldorf, 19. 11. 1958; «50 Jahre belgischer Verwaltung im Kongo», Vortrag v. S. E. Baron de Gruben, belg. Botschafter in Westdeutschland, am 14. 11. 1958, vor d. Afrika-Wirtschaftstag in Essen. [10] Vgl. «Wandlungen in Westafrika», NZZ v. 5. 4. 1959; «Le Nigeria sera demain une grave menace pour la Communauté», in Entreprise, Paris, April 1959. [11] «Die Krise in Zentralafrika», NZZ v. 20. 3. 1959; «Die Unruhen in der Föderation von Rhodesien u. Njassaland», Afrika-Informationsdienst, Februar 1959; «Zukunftspläne in Zentralafrika», v. H. J. Krüger, Frankfurter Allg. Zeitung v. 20. 11. 58; «Um Englands Zukunft in Afrika», v. A. Sampson in «Die Zeit», Hamburg, v. 24. 4. 1959; «Programm der Dominion Party für eine Zentralafrikanische Allianz», Vorschläge v. Winston J. Field. [12] «Guineas ungewisse Zukunft», NZZ v. 9. 11. 1958; «Guinea nach dem Referendum», Afrika-Informationsdienst, Oktober 1958; «Im selbstständigen

Guinea Sékou Tourés», NZZ v. 28. 5. 1959; Guinea-Artikelfolge in «Le Monde» v. 3./4. 6. 1959 u. ff. v. A. Blanchet. [13] «Ghana nach zwei Jahren Unabhängigkeit», NZZ v. 19. u. 20. 4. 1959; «Afrika und der Westen», Auszüge aus Kwane Nkrumahs Selbstbiographie «Ghana» in Dokumente, Köln, Febr. 1959. [14] «Sowjetisches Abkommen für den Assuandamm unterzeichnet», Frankfurter Allg. Zeitung v. 29. 12. 1958. «Ägyptens Fleischtöpfe noch Träume», in Salzburger Nachrichten v. 16. 1. 1959. [15] «Ein Petroleumkodex für die Sahara», NZZ v. 20. 11. 1958. [16] «Die Erschließung der Sahara», in «Die Zeit», Hamburg, v. 25. 7. 1958; «625 000 km carrés de permis de recherches accordés au Sahara», in La Vie Française, Paris, v. 24. 10. 1958; «Chancen für die Sahara», v. W. Stähelin, in Christ und Welt, Stuttgart, v. 24. 7. 1958; «Erdölförderung in der Sahara», Afrika-Informationsdienst v. 1. 7. 1958. «Die Sahara als Erdölproduzent», v. 21. 11. 1958. [17] «Le gaz du Sahara à la disposition de l'Europe», in La Vie Française v. 24. 10. 1958. «Das Erdgas der Sahara als Energiequelle Europas», NZZ v. 16. 10. 1958. [18] Vgl. Schweizer Monatshefte, a. a. O., S. 1021. Über die afrikanischen Eisenerzvorkommen vgl. «Les minerais de fer en Afrique» in L'Economie, Paris, v. 4. 12. 1958. [19] «La Miferma n'attend pour démarrer que la réponse de la BIRD», in La Vie Française» v. 20. 2. 1959. [20] «Gabon: Le fer de Tchibanga sera-t-il exploité avant celui de Mékambo?» in Economie, Paris, Dezember 1958. [21] Vgl. Schweizer Monatshefte, a. a. O., S. 1022. «Guineas Wirtschaft — ein Fragezeichen —. Riesige Bauxitlager begünstigen die Aluminiumproduktion», in Die Weltwoche v. 24. 10. 1958; «L'importanza economica della Guinea Francese», in Mondo Economico, Rom, 1. 11. 1958; «A Fria, oû les travaux continuent au lendemain de l'indépendance», in La Vie Française v. 17. 10. 1958. [22] «Afrika baut eine Aluminiumbasis — Drei Stufen des Inga-Projektes in Belgisch-Kongo», v. Dr. M. Timmler in Der Volkswirt-Ffm., Nr. 38/58; «Große Pläne in Belgisch-Kongo», Frankfurter Allg. Zeitung v. 28. 7. 1958; «Festhalten Brüssels am Programm für den Kongo», NZZ v. 11. 3. 1959; «Belgisch-Kongo», Wirtschaftsbericht der Deutschen Bank AG. v. Oktober 1957; «La situation économique du Congo Belge et du Ruanda-Urundi en 1957», Ministère des Colonies, Bruxelles, 1958; «Inga ou Kouilou? La coopération européenne sur les bords du Congo», v. P. L. Chauvet, Les problèmes de l'Europe, Paris-Rom, Heft 3, 1959; «Aufgaben und Ziele der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Afrika», Vortrag v. Generaldirektor Dr. Allart, Afrika-Wirtschaftstag d. Deutschen Industrie-Messe Hannover am 30. 4. 1959. [23] «La Communauté Economique Européenne prend contact avec l'Afrique», Erklärungen v. Dr. H. Allardt am 23. 12. 1958 in L'Economie v. 1. 1. 1959; «Prêts de 300 milliards pour les territoires associés», Dr. H. Allardt Handelsblatt / La Vie Française, Gemeinschaftsausgabe, Juni 1959; «Le Congo Belge et la C. E. E.» (communauté economique européenne), von L. C. Ameye, Les problèmes de l'Europe, Paris-Rom, Heft 3, 1959. [24] «Der Entwicklungsfonds für die Überseegebiete in Afrika», Informationsdienst, Okt. 1958. [25] «Gehemmter Investitionsfonds» im Deutsch-Französischer Wirtschaftsdienst, Nov. 1958. [26] Vgl. Schweizer Monatshefte, a. a. O., S. 1025. [27] «Der Gold- u. Diamantenkonzern des Sir Ernest Oppenheimer», Frankf. Allg. Ztg. v. 12. 9. 1958.